

neues-deutschland.de / 08.07.2015

# »Pfui, Herr Söder!«

## Flüchtlingsdebatte: Söder will Taschengeld abschaffen / LINKE: »So sieht rassistische und entwürdigende Flüchtlingspolitik aus« / Zwei Drittel der Deutschen besorgt wegen rassistischer Anschläge

*Bayerns Finanzminister Söder (CSU) fordert, das monatliche Taschengeld für Flüchtlinge in Höhe von 140 Euro abzuschaffen. Die LINKE kritisiert den Vorschlag als »rassistische und entwürdigende Flüchtlingspolitik«.*



Bayerischer Finanzminister Markus Söder

Foto: dpa/ Andreas Gebert

### Update 13.20 Uhr: »Pfui, Herr Söder!«

Kritik an den Äußerungen Söders kam von Eva Bulling-Schröter, Bundestagesagbeordnete und Landessprecherin der LINKEN Bayern: »So sieht rassistische und entwürdigende Flüchtlingspolitik aus«, sagte sie am Mittwoch. Vor dem Hintergrund, dass Söders eigene Vergütung das 100-fache betrage, rund 14.000 Euro, sei der Vorschlag außerdem »peinlich und dreist«. Bulling-Schröter warf dem bayerischen Finanzminister »eine perfide Herrschaftsmentalität« vor, da er lediglich den Vorschlag des Chefs des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, kopiert habe.

### CSU flankiert rechten Mob

Passau. Während der rechte Mob in Freital [1] gegen die

dortige Flüchtlingsunterkunft mobilisiert und in anderen Teilen Sachsens wiederholt Unterkünfte in Brand gesetzt werden[2], fordert Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) jetzt die Abschaffung des monatlichen Taschengeldes für Flüchtlinge in Höhe von 140 Euro. »Das ist so viel wie ein Monatslohn in Serbien oder im Kosovo. Für viele Menschen auf dem Balkan ist dieses Taschengeld ein Anreiz, zu uns zu kommen«, sagte der CSU-Politiker der »Passauer Neuen Presse[3]« (Mittwoch). »Wir brauchen endlich Entscheidungen: vor allem die Überprüfung finanzieller Standards.« Vor wenigen Tagen hatte sich bereits der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, für Leistungskürzungen bei Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsländern

ausgesprochen[4].

#### Sachsen überwacht ungenutzte Flüchtlingsheime

Die Polizei hat in Sachsen indes entschieden, noch ungenutzte (sic!) Flüchtlingswohnheime besser zu schützen. Der Chef des Operativen Abwehrzentrums der Polizei, Bernd Merbitz, sagte am Mittwoch im MDR-Info[5], es würden mobile Fahndungs-Gruppen mit szenekundigen Beamten eingesetzt. Zudem werde intensiver Streife gefahren. »Wo Gemeinschaftsunterkünfte sind, werden wir den Informationsaustausch mit den Security-Leuten vor Ort führen. Wir stehen auch im ständigen Austausch mit den Landratsämtern«, sagte Merbitz.

Nach Informationen von MDR-Info werden derzeit in Sachsen rund 30 Flüchtlingsunterkünfte neu gebaut oder hergerichtet. Hinzu kommen Erstaufnahmestellen in Leipzig und Dresden. In Meißen hatte es vor anderthalb Wochen einen Brandanschlag auf ein noch unbewohntes Flüchtlingsheim gegeben, in Schmiedeberg war es in der Nacht zum Dienstag zu einem Brand gekommen. Insgesamt zählte die sächsische Polizei in diesem Jahr bereits mehr als 50 Straftaten gegen Flüchtlingswohnheime.

#### Zwei Drittel der Deutschen besorgt über rassistische Anschläge

Einer Umfrage zufolge bereitet diese rasante Zunahme von rassistischen Anschlägen einer Mehrheit von 67 Prozent der Bundesbürger große oder sehr große Sorgen. Allerdings machen sich der Forsa-Umfrage für das Hamburger Magazin stern deswegen 23 Prozent »nur etwas« und 10 Prozent »gar keine« Sorgen. Dies gilt insbesondere für die Anhänger der Alternative für Deutschland (AfD), von denen 39 Prozent angeben, wegen der Anschläge überhaupt keine Sorgen zu haben - weit mehr als in allen anderen befragten Gruppen. Sehr große oder große Sorgen äußern vor allem die Anhänger der Linken (85 Prozent), der Grünen (78 Prozent) und der SPD (77 Prozent).

Deutlich seltener gaben die Befragten an, große oder sehr große Sorgen wegen des Zustroms von Flüchtlingen zu haben. Während 42 Prozent diese Entwicklung sehr große oder große Sorgen bereitet, machen sich 57 Prozent deswegen nur etwas oder keine Sorgen. Sehr große Sorgen haben vor allem wieder die Anhänger der AfD, von denen sich 73 Prozent dazu bekennen. nd/Agenturen

#### Links:

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/977153.freital-hat-s-mit-reden-versucht.html>

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/977078.erneut-brand-im-fluechtlingsunterkunft-in-schmiedeberg.html>

[http://www.pnp.de/region\\_und\\_lokal/stadt\\_und\\_landkreis\\_passau/passau\\_stadt/1736793\\_Soeder-will-Taschengeld-fuer-Fluechtlinge-abschaffen.html](http://www.pnp.de/region_und_lokal/stadt_und_landkreis_passau/passau_stadt/1736793_Soeder-will-Taschengeld-fuer-Fluechtlinge-abschaffen.html)

<http://www.faz.net/aktuell/politik/bamf-chef-manfred-schmidt-fuer-leistungskuerzung-der-asylanten-13679515.html>

<http://www.donaukurier.de/nachrichten/topnews/Deutschland-Sachsen-Extremismus-Gewalt-Fluechtlinge-Sachsen-will-Fluechtlingsunterkuenfte-besser-schuetzen;art154776,3073831>

---

Quelle: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/977190.pfui-herr-soeder.html>